Bundesgericht
Tribunal fédéral
Tribunale federale
Tribunal federal

2C 456/2021

Urteil vom 2. Juni 2021

II. öffentlich-rechtliche Abteilung

Besetzung
Bundesrichter Seiler, Präsident,
Gerichtsschreiber Businger.

Verfahrensbeteiligte

A. _____,
Beschwerdeführer,

gegen

Kantonales Steueramt Solothurn.

Gegenstand

Staats- und Gemeindesteuern des Kantons Solothurn und direkte Bundessteuer, Steuerperiode 2015,

Beschwerde gegen den Beschluss des Kantonalen Steuergerichts Solothurn vom 13. April 2021 (SGSTA.2021.8, BST.2021.8).

Erwägungen:

1.

Vor dem Kantonalen Steuergericht Solothurn ist ein Verfahren von A. _____ betreffend Guthaben Staats- und Bundessteuer 2015 bzw. Verrechnungserklärung hängig. Mit Beschluss vom 13. April 2021 wies das Gericht das Gesuch von A. _____ um unentgeltliche Rechtspflege wegen Aussichtslosigkeit ab. Mit "Berufung" vom 30. April 2021 wandte sich A. _____ an das Steuergericht und ersuchte erneut um unentgeltliche Rechtspflege. Zudem verlangte er den Ausstand mehrerer Personen. Das Steuergericht überwies die Sache zuständigkeitshalber dem Bundesgericht; dieses hat keine Instruktionsmassnahmen verfügt.

2.

2.1. Gemäss Art. 42 Abs. 1 und 2 BGG haben Rechtsschriften unter anderem die Begehren und deren Begründung zu enthalten, wobei in der Begründung in gedrängter Form darzulegen ist, inwiefern der angefochtene Akt Recht verletzt. Art. 95 ff. BGG nennen dabei die zulässigen Rügegründe.

2.2. Der Beschwerdeführer verlangt die unentgeltliche Rechtspflege und den Ausstand mehrerer Personen. Er begründet seine Anträge aber nicht näher, sondern wirft der Vorinstanz pauschal ein kriminelles Verhalten vor. Weder setzt er sich mit den vorinstanzlichen Erwägungen auseinander, wonach sein Rechtsmittel aussichtslos sei, noch führt er näher aus, weshalb er den Ausstand der von ihm genannten Personen verlangt, wobei anzumerken ist, dass die Mehrzahl am angefochtenen Beschluss gar nicht mitgewirkt hat. Die Beschwerde enthält deshalb offensichtlich keine hinreichende Begründung; darauf ist im vereinfachten Verfahren durch den Einzelrichter nicht einzutreten (Art. 108 Abs. 1 lit. b BGG).

3.

Von einer Kostenaufgabe kann abgesehen werden (Art. 66 Abs. 1 BGG).

Demnach erkennt der Präsident:

1.

Auf die Beschwerde wird nicht eingetreten.

2.

Es werden keine Kosten erhoben.

3.

Dieses Urteil wird den Verfahrensbeteiligten, dem Kantonalen Steuergericht Solothurn und der Eidgenössischen Steuerverwaltung schriftlich mitgeteilt.

Lausanne, 2. Juni 2021

Im Namen der II. öffentlich-rechtlichen Abteilung
des Schweizerischen Bundesgerichts

Der Präsident: Seiler

Der Gerichtsschreiber: Businger